Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

21.10.1986 - Drucksache 11/742

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
Landtag
11. Wahlperiode

**Drucksache 11/742**
21. 10. 86

## Antrag der Fraktion der GRÜNEN

**Unverzügliche Absicherung einer unabhängigen Meß- und Forschungsstelle für radioaktive Strahlung im Lande Bremen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluß vom 27. Mai dieses Jahres, in dem es u. a. heißt:

„Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die Aufgaben der ehemaligen Landesmeßstelle für Radioaktivität an die Universität zu übertragen und personell und mit Sachmitteln auf Dauer abzusichern."

2. Die Bürgerschaft (Landtag) kritisiert, daß dieser Beschluß immer noch nicht umgesetzt ist.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich eine Zwischenfinanzierung für die Arbeit der Meßstelle bis zum Ende dieses Jahres bereitzustellen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß die Personal- und Sachmittel der Meßstelle im Haushalt des kommenden Jahres abgesichert werden.

5. Bei der Einrichtung und Ausstattung der Meßstelle sind folgende Leitlinien zu berücksichtigen:

— entsprechend dem Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Mai dieses Jahres soll die Meßstelle nicht in Form einer nachgeordneten Behörde, sondern als Einrichtung an der Universität gestaltet werden, die Dienstleistungen für bremische Behörden übernimmt

— über die Aufgaben einer Meßstelle für Radioaktivität hinaus muß die Möglichkeit zu eigenständigen Forschungsarbeiten personell und materiell abgesichert werden, insbesondere was die Langzeitwirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung betrifft

— die wissenschaftlich qualifizierte und engagierte Tätigkeit der bisherigen Meßgruppe muß bei der Stellenbesetzung der neuen Einrichtung berücksichtigt werden.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die Absicherung einer unabhängigen Meß- und Forschungsstelle an der Universität angesichts der Pläne der Bundesregierung für ein „Strahlenschutzvorsorgegesetz" umso dringender ist, um die wissenschaftliche Information und Beratung der Bevölkerung frei von jeder politischen Zensur zu gewährleisten.

7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle politischen und juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Entwurf des „Strahlenschutzvorsorgegesetzes" abzuwehren und die Landeskompetenzen bei der Messung, Auswertung, Veröffentlichung sowie bei der Festlegung von Grenzwerten und Strahlenschutz-Maßnahmen zu wahren.

Fücks und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen